

N O T I Z E N

aus der 76. Sitzung des Bundesrates vom 24. November 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: Hr. Schaffner (dienstlich)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 10

Schriftliche AnträgeMilitärdepartementWahl des Obergerichtspräsidenten

Herr Celio stellt fest, dass der Beschluss der Presse noch nicht mitgeteilt werden soll.

Mutationen bei hohen Kommandostellen der Armee und bei einer Dienst-
abteilung des EMD auf den 1. Januar 1968

Herr Tschudi stellt fest, dass der auf Seite 8 erwähnte Oberst i.Gst. Werner in der Mirageaffäre genannt wurde.

Herr Celio stellt fest, dass es sich hier um eine später vorgesehene Mutation im Zusammenhang mit der Reorganisation des EMD handle. Hierüber werde heute nicht Beschluss gefasst. Werner habe einen Satz geschrieben, der nicht in Ordnung war. Das ist die schwache Stelle in dieser Nomination. Es gab aber keine andere Möglichkeit, jemanden für die Funktion des Stabschefs im Stab der Flieger- und Flabtruppen zu finden.

Herr Gnägi teilt mit, dass er Werner im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Miragekommission kennen gelernt habe. Man habe den Eindruck erhalten, dass das ein ganz ausgezeichneter Mann sei. Weil Blötzer ausscheidet, sei heute eine Ernennung von Werner nicht mehr schlimm.

Herr Celio ergänzt den Antrag durch die Mitteilung, dass als Kommandant der Zentralschulen II und III, Oberstbrig. Baumann, Stabschef im II. AK vorgesehen sei. Man wollte zuerst Gaudet bestimmen, weil man sich von einem Leiter der Zentralschulen, der bereits eine Division kommandiert hat, viel versprach. Herr Gaudet sei aber für diesen Posten nicht zu haben. Der Sprechende hätte gerne befohlen, dass sich Gaudet zu unterziehen habe. Doch habe Gaudet erklärt, wenn man ihn zum Kommandanten der Zentralschulen befördere, werde das zu seinen Ungunsten ausgelegt. Die Frage von Herrn Gnägi, ob Baumann zum Divisionär befördert wird, wird vom Sprechenden bejaht. Auf eine Bemerkung des Bundespräsidenten hin, erklärt Herr Celio, dass er über die Weigerung von Herrn Gaudet



- 2 -

nicht unglücklich gewesen sei. Es handle sich um einen etwas groben Truppenführer, der deshalb sich als Chef der Zentralschulen kaum geeignet hätte.

Politisches Departement

Kleine Anfrage Sauser vom 2. Oktober 1967

Im 1. Absatz soll es heissen: "so würde sich der Bundesrat vorbehalten". Im 2. Absatz werden die Worte "wurden jedoch nicht gegeben und" gestrichen.

Finanz- und Zolldepartement

Kleine Anfrage Bärlocher vom 6. Oktober 1966

Herr von Moos stellt fest, dass es sich nicht um eine genaue Antwort auf die gestellte Frage handle. Er wisse deshalb nicht, ob die Antwort den Fragesteller befriedigen werde.

Herr Tschudi antwortet, dass Bärlocher schon früher eine ausführliche Antwort erhalten habe.

Um den Bemerkungen von Herrn von Moos Rechnung zu tragen wird beschlossen, die Antwort durch folgenden Satz zu ergänzen: "Dabei wurde zu den Rechtsfragen bei der Behandlung in den Kommissionen und in den eidgenössischen Räten eingehend Stellung genommen".

Besoldungen der Bundes- und der Versicherungsrichter und des Bundeskanzlers

Herr von Moos erklärt, dass ihm die Ausrichtung der Besoldung eines Bundesrichters nach der Besoldung eines in der sogenannten Ueberklasse eingereichten Chefbeamten nicht gefalle. Das sollte noch geprüft werden.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass mit dem Antrag dieses Problem nicht geregelt werden soll, sondern nur die Teuerungszulagen.

Herr Gnägi macht auf die Stellung der Bundesräte aufmerksam, die keine Teuerungszulagen erhalten.

Der Herr Bundespräsident glaubt, dass die Finanzkommissionen Verständnis für diese Lage haben.

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Kleine Anfrage Sauser vom 18. September 1967

Herr Gnägi erklärt, nachdem der Herr Bundespräsident die Frage der Priorität für offizielle Gespräche aufgeworfen habe, hätte Herr Tuason dafür Verständnis gezeigt. Die Verwaltung ist noch etwas zurück wegen noch ausstehenden Lieferungen. Die Auseinandersetzung habe bewirkt, dass man jetzt der Nationalbank wegen der vielen Telephonanfragen im Zusammenhang mit der

Pfundabwertung die Priorität einräume.

Herr Spühler bemerkt, dass es richtig sei, dass unsere PTT im Telephonwesen führend in der Welt war. Durch die Einführung der Zeitimpulstaxierung sei sie etwas belastet gewesen. Nun sei es aber wirklich Zeit, dass man vorwärts macht.

Herr Gnägi hat selber festgestellt, wie rasch die Verbindung von Hamburg zu sich nach Hause hergestellt werde. Die Belastung des Telefons habe wegen der Pfund- und Dollarsituation einen ganz andern Umfang angenommen. ~~Bei der Nr. 15 der Kreispostdirektion sei die Zahl der Telephonistinnen auf 25 erhöht worden.~~

Bundeskanzlei

Weisungen für den Geschäftsbericht für 1967

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass die Equipe aufgestellt werden sollte, die den allgemeinen Teil abfassen soll. Die Motion Schürmann sei in der ständerätlichen Kommission angenommen worden dem Wortlaute nach, also mit dem Auftrag, das Geschäftsverkehrsgesetz zu ändern. Damit bleibe für die Erstellung des Geschäftsberichtes alles beim alten.

Herr von Moos erkundigt sich, ob man das Protokoll der ständerätlichen Kommission zur Einsicht erhalten könne? Die Haltung der Kommission widerspreche der Stellungnahme des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident beauftragt die Bundeskanzlei, das Protokoll der Verhandlungen den Mitgliedern des Bundesrates auszuteilen. Der Sprechende habe in der Kommission deutlich erklärt, dass der Motionär selber seine Motion abgeschwächt habe und dass der Bundesrat die Motion mit den Reserven angenommen habe, welche der Motionär selbst und der Bundesrat angebracht hätten. Die ständerätliche Kommission habe aber festgestellt, dass sie sich nur an den Text der Motion zu halten habe.

Herr Gnägi wirft die Frage auf, wie der allgemeine Teil nun aussehen soll? Soll der Bundesrat ein Regierungsprogramm im Rudiment darlegen, oder bleibt es bei der bisherigen Art der ^{Ein}leitung. Der Bundesrat könnte von sich aus jetzt schon dem Gedanken der Motion etwas Rechnung tragen. Der Bundeskanzler soll die Departementssekretäre zusammennehmen und schauen, welche Geschäfte für den allgemeinen Teil in Frage kommen.

Herr Spühler stellt fest, dass der allgemeine Teil die Aufgabe hatte, über die wichtigen Probleme, die den Bundesrat selbst beschäftigt hatten, Auskunft zu geben. Das werde nicht mehr notwendig, wenn die Motion Schürmann angenommen sei. Es frage sich deshalb, ob man neben den departementalen Berichten noch eine allgemeine Einführung machen wolle. Der Bericht, den die Motion Schürmann verlangt, wird erst im Jahre 1968 kommen können. Man sollte abwarten, bis der Ständerat beschlossen hat und dann entscheiden, was man machen wolle. Der Bundesrat sollte sich auch dann an den Beschluss des Nationalrates halten, wenn der Ständerat die Motion ablehnt.

Herr Tschudi ist der Meinung, dass man die Anträge der BK annehmen und die Mitteilung an die Departemente verschicken könnte. Der definitive Entscheid über die Einleitung soll gefasst werden, wenn der Ständerat Beschluss gefasst hat. Man sollte von der Annahme ausgehen, dass der Ständerat die Motion annehmen werde. Das bedinge, dass man jetzt schon dem allgemeinen Teil mehr Gewicht gibt und seinen prospektiven Charakter verstärkt. Herr Guisan sei in der Kommission sehr negativ gewesen, er habe ein Regierungsprogramm abgelehnt. Man soll noch die Dezembersession abwarten und sofort eine gute Equipe einsetzen, die einen substanzialen Bericht abfasst.

Herr von Moos stimmt mit Herrn Tschudi überein. Man sollte heute von der These ausgehen, dass der Ständerat die Motion so annehme, wie es seine Kommission vorschlägt. Er würde aber heute schon Auftrag erteilen, eine solche Equipe einzusetzen.

Herr Spühler versteht die Vorredner so, dass man alles vorbereite unter der Meinung, der Ständerat werde seiner Kommission zustimmen. Da stelle sich nun die Frage, ob man einen Bericht machen, oder bei der Einleitung bleiben wolle. Man nehme also an, dass man uns diesen Auftrag schon unabhängig von der Gesetzesänderung gibt.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass man uns kritisiere, weil wir den Vorschriften der Verfassung nicht nachgekommen sind. Nach der Motion müssen wir ein Programm für 4 Jahre machen. Herr Guisan erklärt, dass es die politischen Parteien seien, die das Programm aufzustellen haben und nicht der Bundesrat. Man müsse eine Equipe beauftragen, die den allgemeinen Teil vorbereitet. Man solle die Vorschau für die kommenden 4 Jahre anfangen und einen Rückblick über die letzten 4 Jahre geben.

Herr Celio hält dafür, dass man angesichts der Unsicherheit der Situation für das Jahr 1967 die Motion Schürmann "vergessen sollte". Wenn man schon jetzt mit den Richtlinien unserer Politik herausrücke, werde es allgemein heissen, dass man nicht in ein paar Monaten ein Regierungsprogramm improvisieren dürfe. Man sollte unbekümmert um die Motion Schürmann den allgemeinen Teil nach bisheriger Praxis machen. Man könne erklären, dass man für den Geschäftsbericht 1968 ein Programm vorsehen könne, dass dies aber für den Geschäftsbericht 1967 nicht möglich gewesen sei. Man habe genügend Stoff, um einen allgemeinen Bericht vorzubereiten.

Herr Celio stellt fest, dass das Problem der Aussenpolitik eine Angelegenheit des Politischen Departements sei und dass im Vordergrund der Innenpolitik die finanziellen Probleme stehen. Wenn man diese behandeln wolle, müsse man auch etwas sagen über die Infrastruktur und das Geld, das man dafür wolle.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob Herr Spühler als Präsident für 1968 jemanden habe, der den Bericht redigieren könne?

Herr Spühler bemerkt, die Unterlagen müssen von den Departementen geliefert werden. Die Redaktion sei Sache eines Einzigen. Die Unterlagen sollten gesichtete Arbeiten sein. Nötig sei es deshalb, dass man in den einzelnen Departementen Leute bestimmt. Ueber die Wirtschaftspolitik könnte allenfalls Herr Allemann berichten. Vielleicht habe man auch Statistiker, die etwas

schreiben könnten. Man brauche eine kleine Redaktionskommission. Jedes Departement sollte sich überlegen, welche Probleme behandelt werden sollen und welchen Beamten man zur Verfügung stellen will.

Herr Gnägi hält dafür, dass man zuerst abklären sollte, was in den Bericht kommt. Die Räte seien mit dem Ueberblick nicht zufrieden. Man müsse für den Rückblick Schwerpunkte bilden und einen minimalen Ausblick geben. Man sollte deshalb zuerst ein Konzept ausarbeiten, was hineinkommen soll.

Herr von Moos regt an, die BK sollte durch Anfrage bei den Departementen die zu behandelnden Geschäfte feststellen und sich melden lassen, welche Beamten die Angelegenheit behandeln. Ein Programmentwurf sollte für die Sitzung vom nächsten Freitag vorliegen.

U m f r a g e

Hr. S p ü h l e r

Generalsekretär für das GATT

Herr Spühler erwähnt, dass für das GATT ein Generalsekretär nötig sei, nachdem ein Amerikaner zurücktrete. Die Meinung gehe allgemein dahin, dass ein kleines Land den Generalsekretär stellen sollte. Man habe von Schweden gesprochen. Dieses könne aber niemanden zur Verfügung stellen. Jetzt werde ein Druck auf die Schweiz ausgeübt. Herr Schaffner habe erklärt, man sollte Herrn Long, unsern Botschafter in London in Aussicht nehmen. Herr Spühler protestiert dagegen, dass man immer dem EPD die guten Leute wegnehme. Er sehe nicht ein, warum man nicht jemanden vom Handel bestimmen könnte (Jolles oder Weitnauer). Wir sollten erklären, dass wir bereit seien, einen Kandidaten zu stellen und dass dieser Kandidat Weitnauer heisse. Herr Long sei sehr überrascht gewesen, als er von Herrn Schaffner angefragt wurde. Er habe erklärt, dass er das machen werde, wenn der Bundesrat es verlange. Nun sei er aber erst 1/2 Jahr Botschafter in London. Es sei keine Lösung, der Gefahr, einen guten Mann zu verlieren, dadurch zu begegnen, dass man den guten Mann in einem andern Departement sucht. Weitnauer habe seine Hauptaufgabe, die Kennedyrunde, gelöst. Er sei jetzt frei.

Der Herr Bundespräsident findet es wäre richtiger, wenn ein grosses Land den Generalsekretär stellen würde. Dieser hätte bedeutend mehr Gewicht. Er verstehe Herrn Schaffner, der uns Herrn Stopper abgegeben habe. Trotzdem könne man nicht jetzt einen Botschafter nach so kurzer Zeit aus London abberufen. Herr Gnägi bemerkt, dass uns Herr Schaffner genau orientiert habe. Herr Weitnauer wolle nicht gehen. Das EPD habe so viele Leute. Es sei untragbar, dass die Schweiz einen Sitz verliere wegen eines Streites zwischen den Departementen. Die Lösung mit Long wäre das Richtige.

Der Hr. Bundespräsident ist besorgt, wenn man unsern Vertreter in London jetzt entlassen wolle, wo seine Anwesenheit im Zusammenhang mit den durch die Pfundabwertung entstandenen Probleme so wichtig ist. Man stehe möglicherweise vor einer Weltkrise und einer Krise für unsern Franken. Wir haben jetzt in London jemanden, der alle diese Fragen so gut kennt. Man habe auch von Herrn Probst

gesprachen. Herr Spühler sollte noch mit Herrn Schaffner sprechen.

Herr Spühler befürchtet, dass Long schon heute gewählt werde. Es sei nicht richtig, dass das EPD so viele gute Leute habe.

Herr Gnägi ist der Meinung, dass Herr Long das Pfund weder halten noch devalvieren könne. Er wird an dieser Entwicklung nichts ändern können und werde auch nicht sofort als Sekretär anfangen müssen. Die Folgen der Abwertung werden sich in den nächsten Monaten abwickeln.

Herr von Moos bemerkt, wenn man riskiere, dass die Wahl heute erfolge, dann sei alles müssig. Kann man nicht nochmals mit Weitnauer sprechen?

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass Herr Long nicht nur den Briefkasten mache, sondern grossen Einfluss auf die Entscheidungen von Herrn Wilzson habe.

Herr Spühler wird sofort mit Herrn Schaffner Kontakt aufnehmen und gegebenenfalls auf die Lösung Weitnauer drücken.

Besuch des türkischen Botschafters

Herr Spühler hatte den Besuch des türkischen Botschafters, der ihm den Standpunkt der türkischen Regierungen im Zypernkonflikt unterbreitete. Diese wolle, dass Griechenland seine Truppe zurückziehe bis auf das Mass, das dem Vertrage entspreche. Die türkische Regierung behalte sich vor, ihre Auffassung durch militärische Aktionen gegen Zypern durchzusetzen. Wenn Griechenland dem Begehren entspreche, werde die türkische Regierung Verhandlungsbereit sein. Der Botschafter habe sich lobend über die Objektivität der Schweizerpresse ausgesprochen.

Repräsentationszulage für den Protokollchef

Herr Wetterwald spricht den besten Dank für die Erhöhung der Zulage aus.

Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Oesterreich

Das EPD stimmt mit dem EMD für dieses Geschäft überein. Es handelt sich um Beschaffung von Ersatzteilen für AMX-Panzer.

Hr. von M o o s

Eingang der Sendung von Herrn Wahlen, Fragebogen betreffend Totalrevision der BV

Herr von Moos teilt mit, dass Herr Wahlen wünscht, den Bundesrat zu orientieren, bevor er die Pressekonferenz durchführt. Es handle sich um eine Information der Mitglieder des Bundesrates, doch bestehe kein Hindernis, dass die Departemente über ihre Vertreter in der Kommission Wahlen Stellung nehmen.

Es wird beschlossen, dass die Bundeskanzlei den Eingang der Fragebogen bestätigt und Herrn Wahlen orientiert.

Aufgabe des Bundeskanzlers

Herr von Moos hat ein Pflichtenheft für den Bundeskanzler

- 7 -

skizziert. Die Unterstellung des Bundesarchivs, der Bibliothek usw. gilt nur als Diskussionspunkt.

Man mache dem Bundesrat den Vorwurf, er habe das Geschäft verzögert. Der Bundespräsident sollte gegenüber den Fraktionspräsidenten erklären, dass er den Anträgen der Expertenkommission sehr positiv gegenüber stehe. Jeder Eindruck sollte vermieden werden, dass der Bundesrat bremse.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass er das so vertreten werde.

Herr Tschudi erklärt, es sei ungerecht, wenn man sage, der Bundesrat habe gebremst.

Es wird beschlossen, unter Ziffer I die Worte: "deren Wahl muss dem Sprachgebiete Rechnung tragen", zu streichen.

In Ziffer III ist unter 2. noch zu erwähnen, die Zentralstelle für Organisationsfragen.

Vizekanzler Weber wird ermächtigt, den Vorschlag von Moos der Kommission Hongler zu unterbreiten.

Hr. Gnägi

Voranschlag SBB und PTT

Die Kommissionen haben zugestimmt.

Besprechung wegen des Arbeitszeitgesetzes

Herr Gnägi hatte in dieser Angelegenheit Besprechungen mit den Interessenten. Er habe festgestellt, dass es dort grosse Auseinandersetzungen geben werde. Es werde verlangt, dass die 44-Stundenwoche in das Gesetz aufgenommen werde.

Liechtenstein, Vortrag Prof. Hochstrasser

Herr Gnägi möchte wissen, ob das EPD Einwendungen zu machen hätte, wenn Herr Hochstrasser einen Vortrag über Atomfragen in Liechtenstein halten werde. Der Sprechende wisse, dass eine ganze Reihe von Angelegenheiten mit Liechtenstein verhandelt werden.

Herr Spühler erklärt, dem Vortrag Hochstrasser zuzustimmen. Dieser solle sich aber nicht zu Arbeiten verpflichten. Die Angelegenheiten mit Liechtenstein seien in Prüfung.

Präsidialvorbringen

Begleitung des Ständeratspräsidenten Wipfli nach Uri

Als Vertreter des Bundesrates wird Herr von Moos bezeichnet.

Begleitung des neuen Bundespräsidenten und des Nationalratspräsidenten

Diese Feiern werden in Zürich gemeinsam durchgeführt. Der Bundesrat wird durch den abtretenden Bundespräsidenten, Herrn Bonvin, vertreten sein.

- 8 -

Bericht über das Instrumentarium der Nationalbank

Der Herr Bundespräsident hat den Mitgliedern des Rates diesen Bericht ausgeteilt.

* * *